

**Zusätzliche Vertragsbedingungen der  
Gemeinde Selfkant  
für die Ausführung von Bauleistungen - ZVB -**

**Vorbemerkung:** Die §§ beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B-DIN 1961) in der 3 Monate vor Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung

**1. Vertragsänderungen (zu § 1)**

Jede Änderung des Vertrages bedarf der Schriftform.

**2. Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers (zu § 1)**

Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers, insbesondere Zahlungs- und Lieferungsbedingungen, gelten nur dann, wenn sie vom Auftraggeber ausdrücklich und schriftlich angenommen sind.

**3. Leistungsverzeichnis**

Der Wortlaut des vom Auftraggeber verfassten Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich, auch wenn der Auftragnehmer für sein Angebot selbstgefertigte Abschriften oder Kurzfassungen (siehe Nr. 2.6 der Bewerbungsbedingungen) verwendet hat.

**4. Alternativ- und Eventualpositionen**

4.1 Alternativpositionen (Wahlpositionen) sind als solche im Leistungsverzeichnis gekennzeichnete Positionen mit Mengenansatz. Sie können anstelle einer oder mehrerer anderer, als Grundpositionen gekennzeichnete Positionen zur Ausführung vorgesehen werden. Die Entscheidung hierüber trifft der Auftraggeber in der Regel bei der Auftragserteilung. Ist eine Entscheidung ausnahmsweise, z. B. aus technischen Gründen erst nach der Auftragserteilung möglich, so ist sie rechtzeitig vor Ausführungsbeginn zu treffen.

4.2 Eventualpositionen (Bedarfspositionen) sind als solche im Leistungsverzeichnis gekennzeichnete Positionen mit Mengenansatz, bei denen zum Zeitpunkt der Auftragserteilung nicht feststellbar ist, ob und in welchem Umfang sie zur Ausführung kommen. Hierzu gehören auch Stundenlohnarbeiten. Die Entscheidung über Ausführung der Bedarfspositionen trifft der Auftraggeber während der Bauzeit.

**5. Widersprüche in der Leistungsbeschreibung (zu § 1 Nr. 2a)**

Bei Widersprüchen zwischen einzelnen Teilen der Leistungsbeschreibung gelten, soweit in den Besonderen Vertragsbedingungen keine andere Regelung getroffen ist, nacheinander:

- a) Leistungsverzeichnis
- b) Vorbemerkungen zum Leistungsverzeichnis
- c) Anlagen zur Leistungsbeschreibung (Pläne, Musterzeichnungen, Sieblinien, Baugrundgutachten, usw.)
- d) Anlagen für Bietereintragungen

**6. DIN-Vorschriften und zusätzliche technische Vorschriften (zu § 1 Nr. 2)**

- 6.1 Die sonstigen DIN-Vorschriften sind in der 3 Monate vor Ablauf der Angebotsfrist gültigen Fassung maßgebend.
- 6.2 Sofern aufgrund der Arbeitsergebnisse europäischer Normung „Europäische Normen (EN)“ zur Übernahme in das nationale Normenwerk beschlossen sind, gelten die entsprechenden „DIN EN ....“-Vorschriften.  
Sollten im LV-Text „DIN ....“-Vorschriften aufgeführt sein, für die bereits eine „DIN EN ....“-Vorschrift veröffentlicht ist, gilt die „DIN EN ....“-Vorschrift.  
In allen Fällen einer Bezugnahme auf eine technische Spezifikation gilt diese mit dem Zusatz „oder gleichwertig“ versehen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit ist vom Bieter bei Abgabe des Angebotes zu erbringen.
- 6.3 In den Verdingungsunterlagen genannte technische Vorschriften, die im Teil C der VOB - Allgemeine Technische Vorschriften für Bauleistungen (ATV) - nicht angeführt sind, sind zusätzliche Technische Vorschriften im Sinne von § 1 Nr. 2d.

**7. Preise und Preisermittlungen (zu § 2)**

- 7.1 Alle Preise sind in EURO vereinbart. Die dem Angebot des Auftraggebers zugrunde liegenden Preise sind grundsätzlich Festpreise und bleiben für die gesamte Vertragsdauer verbindlich.
- 7.2 Lohn- und Gehaltsnebenkosten (z. B. Auslösungen, Wege- und Fahrgelder, Unterkunfts- und Übernachtungsgelder, Kosten der An- und Rückreisen und der Familienheimfahrten) werden nicht gesondert vergütet.
- 7.3 Zusätzliche Ansprüche gemäß § 2 Nr. 5 sind vor Ausführung der Leistung schriftlich zu vereinbaren; es sei denn, dass aufgrund der Umstände des Einzelfalles eine vorherige Vereinbarung unbillig wäre, anderenfalls besteht kein Vergütungsanspruch.
- 7.4 Zusätzliche Ansprüche gemäß § 2 Nr. 6 sind vor Ausführung der Leistung schriftlich anzukündigen; anderenfalls besteht kein Vergütungsanspruch.
- 7.5 Die für Eventualpositionen vereinbarten Preise gelten auch bei einer Über- oder Unterschreitung des Mengenansatzes bis zu 100 %.  
Für Stundenlohnarbeiten gilt Ziffer 7.8.
- 7.6 Wenn nach § 2 Nr. 3, 5, 6 oder 7 neue Preise zu vereinbaren sind, hat der Auftragnehmer auf Verlangen die Preisermittlungen für die neuen Preise und soweit erforderlich, für die gesamte Leistung (Urkalkulation) zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- 7.7 Ziffer 7.6 gilt auch, wenn dem Auftragnehmer eine Vergütung nach § 2 Nr. 8 Abs. 2 für außervertragliche Arbeiten zusteht. Außervertragliche Arbeiten dürfen nur nach vorheriger schriftlicher Auftragserteilung durchgeführt werden, soweit nicht Gefahr in Verzug ist.
- 7.8 Sind in einem Leistungsvertrag Stundenlohnarbeiten vorgesehen, so ist die dafür angegebene Zahl von Stunden unverbindlich; § 2 Nr. 3 gilt nicht. Beahlt werden nur die auf Anordnung des Auftraggebers tatsächlich geleisteten und nach Ziffer 28 nachgewiesenen Stunden.

**8. Ausführungsunterlagen (zu § 3)**

- 8.1 Der Auftragnehmer hat Absteckungen, die für die Überprüfung der vertragsgemäßen Ausführung erforderlich sind, bis zur Abnahme zu erhalten.
- Änderungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

- 8.2 Der Ausführung dürfen nur Unterlagen zugrundegelegt werden, die vom Auftraggeber ausdrücklich als zur Ausführung bestimmt gekennzeichnet sind; über Art und Umfang dieser Unterlagen ist Einvernehmen herzustellen.
- 8.3 Der Auftragnehmer hat etwaige Bedenken gegen die Ausführungsunterlagen dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen und seine Entscheidung einzuholen.
- 8.4 Weichen vom Arbeitnehmer zu liefernde Werkstattzeichnungen oder andere Ausführungsunterlagen von den Vorgaben des Auftraggebers ab, sind diese Abweichungen deutlich zu kennzeichnen; darüber hinaus ist der Auftraggeber zugleich hierauf schriftlich hinzuweisen.

9. **Veröffentlichungen**

Veröffentlichungen über die Bauleistung sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

10. **Werbung**

- 10.1 Werbung auf der Baustelle ist nur mit vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

11. **Bautagesberichte (zu § 4)**

- 11.1 Der Auftragnehmer ist auf Anforderung verpflichtet, Bautagesberichte zu führen und diese dem Auftraggeber täglich zu übergeben.

Die Bautagesberichte müssen die Angaben enthalten, die für die Ausführung und Abrechnung des Vertrages von Bedeutung sein können, insbesondere über Wetter, Temperaturen, Zahl und Art der auf der Baustelle beschäftigten Arbeitskräfte, Zahl und Art der eingesetzten Großgeräte, Zu- und Abgang von Hauptbaustoffen und Großgeräten, Art, Umfang und Ort der geleisteten Arbeiten mit den wesentlichen Angaben über den Baufortschritt (Beginn und Ende von Leistungen größeren Umfanges, Betonierungszeiten und dgl.), Abnahmen nach §§ 4 Nr. 10 und 12 Nr. 2, Behinderung und Unterbrechung der Ausführung, Arbeitseinstellung, Unfälle und sonstige wichtige Vorkommnisse. Bei Behinderung und Unterbrechung der Ausführung sowie Arbeitseinstellung sind auch die Gründe hierfür anzugeben.

- 11.2 Treten bei der Ausführung Umstände auf, deren Feststellung für die Vertragserfüllung wichtig sind und durch die die Fortsetzung der Arbeiten oder durch andere Einflüsse erschwert oder unmöglich würde, ist der Sachverhalt vom Auftragnehmer und Auftraggeber gemeinsam unverzüglich schriftlich festzustellen.

12. **Sprache (zu § 4 Nr. 1)**

- 12.1 Alle schriftlichen Äußerungen des Auftragnehmers müssen in deutscher Sprache abgefasst sein. Fremdsprachliche schriftliche Äußerungen Dritter (z. B. Bescheinigungen, sonstige Unterlagen von Behörden und Privaten) sind mit deutscher Übersetzung einzureichen. Die Übersetzung behördlicher Bescheinigungen muss vom Konsulat beglaubigt sein.
- 12.2 Der Auftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass während der Arbeit auf der Baustelle ständig eine Person anwesend ist, die es ermöglicht, in deutscher Sprache zu verhandeln. Kommt der Auftragnehmer dieser Verpflichtung trotz Mahnung durch den Auftraggeber nicht nach, so ist der Auftraggeber berechtigt, einen Dolmetscher auf Kosten des Auftragnehmers heranzuziehen.

**13. Berufsgenossenschaft (soweit eine Pflicht zur Mitgliedschaft besteht)**

Solange der Vertrag nicht erfüllt ist, hat der Auftragnehmer jede Änderung in seiner Zugehörigkeit zur Berufsgenossenschaft unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auf Verlangen des Auftraggebers hat er jederzeit den Mitgliedschein der Berufsgenossenschaft und eine Bescheinigung der Berufsgenossenschaft darüber vorzulegen, dass er seiner Beitrags- und Vorschusspflicht nachgekommen ist.

**14. Bauzeitenplan. Geräteverzeichnis. Baustelleneinrichtungsplan. Straßen-, Wege-, Lager- und Arbeitsplatzbenutzung (zu § 5 Nr. 1, § 4 Nr. 4 und § 3 Nr. 4)**

- 14.1 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer einen Bauzeitenplan, ein Geräteverzeichnis und einen Baustelleneinrichtungsplan aufzustellen und rechtzeitig vor Ausführung der Leistungen, spätestens jedoch 3 Wochen nach Aufforderung, vorzulegen; der Bauzeitenplan ist auf Verlangen während der Ausführung fortzuschreiben.
- 14.2 Straßen-, Wege-, Lager- und Arbeitsplätze innerhalb des Baugeländes werden in bestehendem Zustand zur Verfügung gestellt. Sie können vom Auftragnehmer nur auf eigene Gefahr benutzt werden.
- 14.3 Treten bei der Benutzung bauseitig zur Verfügung gestellter Anlagen oder Grundstücke an diesen Schäden durch Verschulden des Auftragnehmers ein, so ist der Auftragnehmer dem Auftraggeber dafür schadensersatzpflichtig. Er stellt den Auftraggeber insoweit von einer evtl. Haftung Dritten gegenüber frei.

**15. Baustellenräumung (zu § 4 Nr. 2 und § 5 Nr. 1)**

- 15.1 Die Baustelle ist sobald wie möglich zu räumen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Mahnung nicht innerhalb angemessener Frist, so kann der Auftraggeber die Baustelle auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.
- 15.2 Vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Lagerplätze, Arbeitsplätze und Zufahrtswege sind bei der Räumung im früheren Zustand zurückzugeben, soweit nichts anderes vereinbart wird.

**16. Schutzpflichten**

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen und Lieferungen bis zur Abnahme über § 4 Nr. 5 Satz 1 hinaus auch vor Winterschäden und Grundwasser zu schützen.  
Soweit fremde Leistungen durch Arbeiten des Auftragnehmers gefährdet werden können, sind diese zu schützen.

**17. Nachunternehmer (zu § 4 Nr. 8)**

- 17.1 Nachunternehmer sind bei Anforderung eines Angebotes davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.
- 17.2 Auch der Wechsel von Nachunternehmern bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Auftraggebers.

**18. Behinderung der Ausführung (zu § 6 Nr. 1)**

Die Anzeigepflicht nach § 6 Nr. 1 gilt unabhängig von der gemeinsamen Feststellung nach Ziffer 11.2 und der allgemeinen Verpflichtung, alle Behinderungen im Bautagesbericht aufzuführen. Behinderungsanzeigen bedürfen der Schriftform.  
Der Auftragnehmer hat in der schriftlichen Anzeige die Auswirkungen und bei nicht offenkundigen Behinderungen auch die Ursachen darzulegen.

19. **Wettbewerbsbeschränkung (zu § 8 Nr. 4)**

- 19.1 Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er als Schadensersatz zumindest 3 v. H. der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein geringerer Schaden nachgewiesen wird.  
Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.
- 19.2 Den unter Ziffer 4 der "Bewerbungsbedingungen" beispielhaft aufgeführten wettbewerbsbeschränkenden Handlungen des jetzigen Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die von ihm beauftragt oder für ihn tätig sind bzw. waren.  
Sonstige vertragliche oder gesetzliche Ansprüche des Auftraggebers - insbesondere solche aus § 8 Nr. 4 - bleiben unberührt.

20. **Kündigung (zu § 8)**

- 20.1 Kündigt der Auftraggeber den Vertrag nach § 8, so sind Auftraggeber und Auftragnehmer verpflichtet, einander Auskünfte zu erteilen und diese zu belegen, soweit dies notwendig ist, um die Höhe des Vergütungsanspruches zu bemessen.
- 20.2 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer Personen, die auf Seiten des Auftraggebers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, oder ihnen nahestehenden Personen im Sinne des § 11 Abs. 1 Nr. 1 StGB mit Rücksicht auf ihre Zugehörigkeit zu der Verwaltung oder dem Unternehmen des Auftraggebers Vorteile anbietet, verspricht oder gewährt. Solchen Handlungen des Auftragnehmers selbst stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des Auftragnehmers mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind.
- Was unter Vorteilen im Sinne von Absatz 1 zu verstehen ist, richtet sich nach den §§ 331 ff. StGB.
- 20.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, den Vertrag zu kündigen, wenn der Auftragnehmer gegen Ziffer 13 verstößt oder vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen in Ziffern 6, 7 oder 8 des Angebotsschreibens abgibt.
- 20.4 Vor der Kündigung nach Ziffern 20.2 bzw. 20.3 kann dem Auftragnehmer Gelegenheit gegeben werden, zu dem Kündigungsgrund Stellung zu nehmen.
- 20.5 Wird nach Ziffern 20.2 oder 20.3 gekündigt, gilt § 8 Nr. 3 bis 7 entsprechend.
- 20.6 Sonstige gesetzliche oder vertragliche Ansprüche der Vertragsparteien bleiben unberührt.

21. **Haftung. Mitteilung von Bauunfällen (zu § 10)**

- 21.1 Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber auch dann von Ansprüchen Dritter wegen Schäden, Nachteilen oder Belästigungen freizustellen, wenn die schädigenden Auswirkungen auf die in einem Änderungsvorschlag oder Nebenangebot vorgesehene Art der Ausführung zurückzuführen sind.
- 21.2 Der Auftragnehmer hat alle zur Sicherung der Baustelle nach den gesetzlichen, ordnungsbehördlichen, polizeilichen und Unfallverhütungsvorschriften erforderlichen Maßnahmen unter voller eigener Verantwortung auszuführen oder diese zu veranlassen. Er haftet für sämtliche aus der Unterlassung solcher Maßnahmen dem Auftraggeber erwachsenden Schäden.  
§ 10 Nr. 2 Abs. 1 Satz 2 bleibt unberührt.
- 21.3 Bewachung und Verwahrung der Bauunterkünfte, Arbeitsgeräte, Arbeitskleider usw. des Auftragnehmers oder seiner Erfüllungsgehilfen - auch während der Arbeitsruhe - ist Sache

des Auftragnehmers; der Auftraggeber ist dafür nicht verantwortlich, auch wenn sich diese Gegenstände auf seinen Grundstücken befinden.

- 21.4 Bauunfälle, bei denen Personen - oder Sachschaden entsteht, sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Eine mündliche Mitteilung ist vom Auftragnehmer spätestens innerhalb von zwei Werktagen schriftlich zu bestätigen.

Diese Regelung gilt unabhängig von der Angabe des Unfalls im Bautagesbericht nach Ziffer 11.1.

22. **Überprüfung später unzugänglicher Bauteile**

Bevor Teile der Leistung durch die weitere Ausführung der Prüfung und Feststellung entzogen werden, hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber rechtzeitig schriftlich Gelegenheit zur Überprüfung zu geben.

23. **Abnahme (zu § 12)**

- 23.1 Leistungen mit einem Auftragswert von mehr als 5.000,00 EUR sind in jedem Fall förmlich abzunehmen; der Auftragnehmer hat die Abnahme rechtzeitig schriftlich zu beantragen.
- 23.2 Eine Leistung gilt nicht dadurch als abgenommen, dass der Auftraggeber sie in Benutzung genommen hat. § 12 Nr. 5 Abs. 2, Satz 1 findet keine Anwendung.
- 23.3 Werden nicht in sich abgeschlossene Teile der Leistung abgenommen, so handelt es sich nur um vorbereitende Maßnahmen für die endgültige Abnahme.
- 23.4 Eine Abnahme durch Fertigstellungsbescheinigung gemäß § 641a BGB wird wegen der Geltung der VOB ausgeschlossen.

24. **Verjährungsfrist der Mängelansprüche (zu § 13 Nr. 5 Abs. 1 Satz 3)**

- 24.1 Die Mängelbeseitigungsleistungen sind förmlich abzunehmen.
- 24.2 Nach Abnahme der Mängelbeseitigungsleistungen beginnt für diese Leistungen die vertragliche Verjährungsfrist erneut.

25. **Sicherheitsleistungen für Vertragserfüllung und Mängelansprüche**

- 25.1 Als Sicherheit für die vertragsgemäße Ausführung der Leistung werden bei Aufträgen mit einer Auftragssumme über 25.000 EUR 5 % der Auftragssumme bis zur Schlusszahlung einbehalten, soweit in begründeten Einzelfällen nicht eine höhere Sicherheit gefordert wird. Der Sicherheitseinbehalt erfolgt durch Kürzung der Abschlagszahlungen um jeweils 10 % der erbrachten Leistung, bis der Sicherheitsbetrag erreicht ist. Der Auftragnehmer kann stattdessen eine andere Sicherheit gemäß Ziffer 32 stellen. Hiervon ausgenommen ist die Sicherheit nach Ziffer 25.2.
- 25.2 Als Sicherheit für die Erfüllung der Gewährleistungsansprüche bei Aufträgen über 25.000 EUR werden 5 % der Abrechnungssumme für die Dauer der Gewährleistung einbehalten. Der Auftragnehmer kann stattdessen eine andere Sicherheit gemäß Ziffer 32 stellen.

**26. Abrechnung (zu § 14)**

- 26.1 Die für die Abrechnung notwendigen Feststellungen sind stets gemeinsam vorzunehmen. Der Auftragnehmer hat unabhängig von der Angabe im Bautagesbericht die Feststellung rechtzeitig zu beantragen.
- Unterlässt der Auftragnehmer den rechtzeitigen Antrag auf Feststellung von Leistungen, deren Aufmaß später nicht mehr oder nur schwer möglich ist, oder beteiligt er sich nicht oder nur unzureichend, so gelten die Feststellungen des Auftraggebers, wenn nicht der Auftragnehmer ihre Unrichtigkeit beweist.
- 26.2 Sind Stundenlohnarbeiten (§ 15) mit anderen Leistungen verbunden, so sind keine getrennten Rechnungen aufzustellen.
- 26.3 Der Auftragnehmer ist auf Verlangen verpflichtet, Einsicht in die Personalabrechnungsunterlagen zu gewähren, wenn es sich um Stundenlohnarbeiten handelt oder wenn zusätzliche Preisvereinbarungen für Leistungen zu treffen sind, bei denen nach tatsächlichem Aufwand abgerechnet wird.

**27. Rechnungen, Abrechnungszeichnungen (zu § 14 Nr. 1 und 3)****a) Allgemeines**

- 27.1 Rechnungen sind nach ihrem Zweck als Abschlags- oder Schlussrechnungen zu bezeichnen; Abschlagsrechnungen sind lfd. zu nummerieren. Die Rechnungen sind in zweifacher Ausfertigung einzureichen. In besonderen Fällen können bis zu 4 Ausfertigungen verlangt werden. Zur Vermeidung von Verzögerungen im Zusammenhang mit den Jahresabschlussarbeiten sind Rechnungen/ Abschlagsrechnungen möglichst jeweils bis zum 15. November einzureichen.
- 27.2 Liegt dem Vertrag ein Leistungsverzeichnis zugrunde, so erhalten in allen Rechnungen die Bezeichnungen der Teilleistungen die Nummern der Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses; Leistungen aus etwaigen Nachtragsaufträgen sind innerhalb der Rechnung gesondert aufzuführen.
- Die Bezeichnungen dürfen abgekürzt wiedergegeben werden, wenn die Ausführung nicht von der Leistungsbeschreibung abweicht.
- 27.3 Die Leistungen sind durch klar und übersichtlich gegliederte Mengenerrechnungen, in denen aus jedem Ansatz das Ergebnis einzeln zu ersehen ist und sofern der Auftraggeber nicht im Einzelfall darauf verzichtet, durch vom Auftragnehmer unterschriebene und mit Datumsangabe versehene Abrechnungszeichnungen nachzuweisen.

**b) Abschlagsrechnungen (zu § 16 Nr. 1 und 2)**

- 27.4 In jeder Abschlagsrechnung sind Umfang und Wert aller bisherigen Leistungen und die bereits erhaltenen Abschlagszahlungen im einzelnen und in lfd. Nummernfolge anzugeben. Die Abschlagsrechnungen sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) ohne Umsatzsteuer (Nettopreis) aufzustellen; der Betrag an Umsatzsteuer für die bisher erbrachte Leistung des Auftragnehmers ist unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld geltenden Steuersatzes am Schluss hinzuzusetzen.

Die Zahlung einer Abschlagsrechnung stellt kein Anerkenntnis dar.

**c) Schlussrechnung**

27.5 In der Schlussrechnung müssen die Teilleistungen nach den Ordnungszahlen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses und die Abschlagszahlungen stets einzeln aufgeführt werden. Schlussrechnungen sind mit den Vertragspreisen (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze, Stundenlohnzuschläge) ohne Umsatzsteuer (Nettopreis) aufzustellen; der Betrag an Umsatzsteuer für die gesamte vertragliche Leistung des Auftragnehmers ist unter Zugrundelegung des zum Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld geltenden Steuersatzes am Schluss hinzuzusetzen.

Wird aus Anlass der Änderung des Umsatzsteuergesetzes eine gesetzliche Regelung für die Abwicklung bestehender Verträge getroffen, so tritt an Stelle dieser vertraglichen Regelung die gesetzliche Regelung.

27.6 Wenn die Schlussrechnung nicht prüfbar ist, beginnt die Frist für die Schlusszahlung erst mit der Vorlage der für eine Prüfung und Feststellung geeigneten Schlussrechnung. Auf die Mängel der eingereichten Schlussrechnung ist der Auftragnehmer unverzüglich hinzuweisen.

**28. Abrechnung der Stundenlohnarbeiten (zu § 15)**

28.1 Über Stundenlohnarbeiten hat der Auftragnehmer arbeitstäglich Stundenlohnzettel in doppelter Ausfertigung, spätestens am nächsten Arbeitstag, einzureichen.

Diese müssen außer den Angaben nach § 15 Nr. 3 das Datum, die Kennzeichnung der Baustelle, die Namen, die Berufsbezeichnungen gemäß Angebot, die geleisteten Arbeitsstunden je Arbeitskraft, Gerätekenngößen und die Art der Leistung enthalten.

28.2 Soweit keine Stundenverrechnungssätze vereinbart worden sind, sind diese vor Ausführung der Arbeiten gemäß PR 30/53 zu vereinbaren.

28.3 Bei Stundenlohnarbeiten verwendete Materialien sind auf dem Stundenlohnzettel nachzuweisen.

**29. Zahlungsweise (zu § 16)**

29.1 Alle Zahlungen werden bargeldlos in der Bundesrepublik Deutschland und in EURO geleistet.  
Bei der Nennung einer Bankverbindung ist auch die IBAN und BIC anzugeben.

29.2 Als Tag der Zahlung gilt,

a) bei Übergabe von Zahlungsmitteln der Tag der Übergabe

b) bei Überweisung oder Auszahlung von einem Konto der Tag des Zugangs des Auftrages beim Zahlungsinstitut des Auftraggebers.

29.3 Vom Auftragnehmer angebotenes Skonto wird von jedem Abschlags- und Schlussrechnungsbetrag abgezogen, für den die geforderten Zahlungsfristen eingehalten werden.

Soweit Skonto vereinbart ist, beginnen die Skontofristen mit dem Tag des Eingangs der prüfbaren Rechnungen (Eingangsstempel der Empfangsstelle).

29.4 Sind Vorauszahlungen vereinbart, ist eine Sicherheit entsprechend Ziff. 32 zu leisten. Abweichend von § 16 Nr. 2 Abs. 1 Satz 2 gilt als Zinssatz 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz nach § 247 BGB vereinbart.

**30. Abtretung (zu § 16)**



Forderungen des Auftragnehmers gegen den Auftraggeber können nur mit schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers abgetreten werden.

### 31. **Erstattungen (zu § 16)**

- 31.1 Werden nach Annahme der Schlusszahlung Fehler in den Unterlagen der Abrechnung (§ 14 Nr. 1 Satz 1) festgestellt, so ist die Schlussrechnung zu berichtigen; Auftraggeber und Auftragnehmer sind verpflichtet, die sich daraus ergebenden Beträge zu erstatten.

Fehler im Sinne von Absatz 1 sind:

- a) Aufmaßfehler, d. h. Abweichungen in Aufmaßlisten und Abrechnungszeichnungen von der tatsächlichen Ausführung oder untereinander;
- b) Rechenfehler, d. h. Fehler in der Anwendung der Allgemeinen Rechenregeln der Rechnungsarten (einschließlich Kommafehler);
- c) Übertragungsfehler einschließlich Seitenübertragungsfehler.

Das Verlangen nach Berichtigung derartiger Fehler gilt nicht als Nachforderung im Sinne von § 16 Nr. 3 Abs. 2.

- 31.2 Sonstige Ansprüche des Auftraggebers aus §§ 812 ff. BGB werden durch Ziffer 31.1 nicht berührt.
- 31.3 Bei Rückforderungen des Auftraggebers aus Überzahlungen (§§ 812 ff. BGB) kann sich der Auftragnehmer nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Abs. 3 BGB) berufen.

### 32. **Sicherheitsleistung (zu § 17)**

Ist der Auftragnehmer verpflichtet eine Sicherheit zu stellen, so hat er folgende Wahlmöglichkeiten:

- a) Hinterlegung des Sicherheitsbetrages auf einem gemeindlichen Verwahrgeldkonto ohne Verzinsung; dies erfolgt bei Einbehalt durch den Auftraggeber ohne Ausübung einer Wahl,
- b) Hinterlegung bei einem Geldinstitut nach Wahl des Auftraggebers als Geldmarktfond des Auftraggebers mit banküblicher Verzinsung oder
- c) Stellung einer Bürgschaft für Vertragserfüllung, Mängelansprüche oder Vorauszahlung nach dem Formblattmuster der Gemeinde Selfkant von einem in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitut oder Kreditversicherer.

Avalkosten werden vom Auftraggeber nicht übernommen.

### 33. **Streitigkeiten (zu § 18)**

Gerichtsstand ist Heinsberg.